



15.3953

**Motion Pfister Gerhard.
Keine Reisen ins Heimatland
für vorläufig Aufgenommene****Motion Pfister Gerhard.
Personnes admises à titre provisoire.
Pas de voyage dans le pays d'origine**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 01.06.17

Pfister Gerhard (C, ZG): Gleich zwei Vorbemerkungen: Im Unterschied zu den Vorstössen, die vorhin gerade diskutiert wurden, behandelt mein Vorstoss nicht ein generelles Reiseverbot, sondern ein Verbot von Reisen ins Heimatland. Ich habe diese Motion vor zwei Jahren eingereicht, und teilweise wurde ja vorhin auch schon darüber gesprochen. Seither kann man durchaus feststellen, dass eine etwas restriktivere Praxis angekündigt worden ist und teilweise auch angewandt wurde. Aber das Grundproblem, die wirkliche Grundsatzänderung seitens des Bundesrates, ist meines Erachtens eben nicht gelöst worden.

Sie wissen, es geht um Menschen, die in die Schweiz kommen, um hier Schutz vor Krieg, Verfolgung oder lebenswidrigen Umständen in ihrem Heimatland zu erhalten, und solche Menschen erhalten diesen Schutz in der Schweiz, wie es unsere humanitäre Tradition gebietet. Wenn nun aber jemand, der seinem Heimatland entflohen ist, dann sogar für Ferien oder einfache Familienbesuche in sein Heimatland reist, dann zeigt er oder sie ja gerade damit, dass ihm oder ihr im Heimatland keine Verfolgung oder Gefährdung widerfahren wird oder dass er oder sie sich zumindest genügend sicher fühlt. Das muss dann aber auch heissen, dass solchen Menschen die definitive Rückkehr in ihre Heimat zugemutet werden kann und muss. Es kann ihnen zugemutet werden, in ihrer Heimat zu bleiben, und somit können in der Schweiz die Asylgründe oder auch Gründe für eine vorläufige Aufnahme nicht mehr geltend gemacht werden. Auch das Non-Refoulement-Gebot kann nicht geltend gemacht werden, wenn jemand freiwillig in seine Heimat zurückkehrt. Dann ist es offensichtlich klar, dass er sich dort nicht mehr gefährdet fühlt.

Der Bundesrat verweist in seiner Stellungnahme darauf, dass das Problem sehr unbedeutend sei und die Zahlen zurückgegangen seien; das wurde ja vorhin auch schon gesagt.

AB 2017 N 874 / BO 2017 N 874

Das mag sein. Aber der Bundesrat unterlässt es darzulegen, dass viele Reisende nicht von der Schweiz direkt in ihre Heimat reisen, sondern beispielsweise zuerst nach Italien reisen und dann, eventuell noch mit anderen Ausweispapieren, in ihre Heimat weiterreisen. Deshalb ist diese Motion nach wie vor nötig. Denn wer in der Schweiz Schutz sucht, soll diesen Schutz in der Schweiz erhalten. Wer aber in seine Heimat, eventuell via einen Drittstaat, reist, will diesen Schutz selber nicht mehr. Wenn Sie dieser Motion zustimmen, dann werden die Behörden endlich gezwungen, bei Auslandsreisen von Asylbewerbern oder vorläufig Aufgenommenen kritischer hinzusehen und auch Reisen via Drittstaaten in die Heimat endlich genauer zu prüfen.

Der Bundesrat schreibt, die heutigen Regelungen für vorläufig Aufgenommene seien bereits sehr strikt und allfällige Missbräuche könnten sanktioniert werden. Das halte ich eben wie gesagt nur für einen Teil der Wahrheit. Denn das Problem ist auch hier, wie so oft im Asylbereich, dass die Behörden zu wenig genau prüfen und den Vollzug eben auch sehr unterschiedlich handhaben. Deshalb braucht es den klaren Grundsatz, der dann immer noch die sehr wenigen begründeten Ausnahmefälle, die die Frau Bundesrätin vorhin erwähnt hat, durchaus zulässt.

Aber nochmals: Wer bei uns Schutz sucht, erhält ihn. Wer aber in seine Heimat reist, zeigt, dass er wieder in der Lage ist, in seiner Heimat gefahrlos zu leben. Das ist erfreulich und letztendlich ja auch das Ziel einer guten Asylpolitik, dass Menschen mittelfristig wieder heimkehren können. Denn damit kann die Schweiz weiterhin





Menschen Schutz gewähren, die ihn brauchen, und davon gibt es nach wie vor mehr als genug.
Ich danke Ihnen, wenn Sie dieser Motion zustimmen.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Pfister Gerhard hat jetzt immerhin anerkannt, dass wir bei diesem Thema aktiv geworden sind, und zwar sowohl auf Verordnungsebene wie auch in den realen, praktischen Bemühungen, solche Missbräuche zu vermeiden oder auch zu sanktionieren. Sie können gerne noch mehr ins Gesetz schreiben.

Sie haben den Fall erwähnt, Herr Pfister, dass jemand über Italien in seinen Heimatstaat reist. Ich muss Ihnen sagen, es ist ziemlich schwierig, das nachzuweisen; es ist ziemlich schwierig. Sobald Leute mit gefälschten Dokumenten arbeiten, sobald Leute sich irgendwelcher Instrumente bedienen, können Sie ins Gesetz schreiben, was Sie wollen, es ändert einfach nichts.

Ich bin jetzt aber froh, das von Ihnen auch zu hören. Sie sprechen ja hier nur von den vorläufig Aufgenommenen. Sie wollen vorläufig Aufgenommenen Reisen ins Heimatland "generell" untersagen. Damit sagen Sie auch, dass es Situationen gibt, in denen man in einem ganz spezifischen Einzelfall mit Bewilligung – es geht ja alles nur mit Bewilligung – auch eine Heimatreise erlauben kann, im Ausnahmefall und unter ganz speziellen Bedingungen. Das höre ich von Ihnen. Insofern bin ich schon froh, dass das jetzt vielleicht ein Vorstoss ist, der noch etwas dem Einzelfall Rechnung tragen will. Ich weiss einfach nicht, was Sie jetzt noch zusätzlich ins Gesetz schreiben wollen. Das ist eigentlich heute bereits gesetzlich so geregelt. Lesen Sie die Verordnung. Wenn Sie sagen, wir sollten besser gegen Missbräuche vorgehen, dann müssen Sie mir auch sagen, was Sie noch zusätzlich wollen.

Ich habe vorhin die Meldestelle erwähnt. Ich lese das auch in der Zeitung. Wir fragen jeweils nach: Meldet uns das! Und dann heisst es: "Ich habe es nur von einem Nachbarn gehört", oder: "Irgendjemand hat mir das gesagt." Wir müssen die Fakten haben. Ich sage Ihnen: Fedpol geht jedem einzelnen Fall nach. Die investieren auch. Aber wenn jemand mit gefälschten Dokumenten unterwegs ist, geht das nicht. Sie sagen, dann dürfe niemand mehr nach Italien reisen, weil es ein Risiko gibt, dass vielleicht einer von tausend von Italien aus nachher missbräuchlich auch noch in sein Heimatland reist; dagegen habe ich mich vorhin vehement gewehrt. Diese Forderung haben Sie nicht in Ihre Motion aufgenommen. Ich bin aber einfach der Meinung, dass das, was Sie hier geschrieben haben, heute gesetzliche Grundlage ist.

Wenn Sie speziell für die vorläufig Aufgenommenen noch etwas Zusätzliches haben wollen, dann würde ich Ihnen beliebt machen, das eher im Rahmen der Beratung des Status der vorläufigen Aufnahme anzuschauen. Wir haben ja dort verschiedene Dinge anzuschauen. Wir sollten auch der Bevölkerung nichts vormachen. Einfach Motionen annehmen und Gesetze anpassen und dann so tun, als ob wir jetzt die Missbräuche im Griff hätten – da bin ich dann lieber ehrlich und sage, was wir tun können, was wir heute schon tun und was wir zusätzlich zu tun bereit sind. Aber einfach etwas ins Gesetz schreiben und dann meinen, man habe die Missbräuche ausgeräumt, ist leider auch gegenüber der Bevölkerung nicht die ehrlichste Politik.

Ich bitte Sie, auch diese Motion abzulehnen. Ich fordere Sie noch einmal auf: Melden Sie uns Missbräuche, von denen Sie gehört haben. Dann haben Sie aktiv etwas dazu beigetragen, um die Glaubwürdigkeit unserer Asylpolitik zu verbessern.

Präsident (Stahl Jürg, Präsident): Der Bundesrat beantragt, die Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 15.3953/15273)

Für Annahme der Motion ... 128 Stimmen

Dagegen ... 62 Stimmen

(0 Enthaltungen)